**Eingliederung von
Langzeitarbeitslosen
(§ 16e SGB II)
Schulung**

- ▶ **Allgemeines**
- ▶ **Zielsetzung**
- ▶ **Tatbestandsvoraussetzungen**
- ▶ **Rechtsfolge Ermessen**
- ▶ **ganzheitliche beschäftigungsbegleitende Betreuung**
- ▶ **Weiterbildung im Rahmen des § 16e SGB II**
- ▶ **Vorzeitige Beendigung des Arbeitsverhältnisses**
- ▶ **Ergänzende Hinweise**

Eingliederung von Langzeitarbeitslosen (§ 16e SGB II)

Allgemeines

- **Lohnkostenzuschuss**
- **Keine Nachbeschäftigungspflicht, keine Merkmale wie Minderleistungen** oder Vorliegen von **Vermittlungshemmnissen** beim Arbeitnehmer (AN) notwendig
- Lohnkostenzuschuss ist z.T. an die Regelungen des Eingliederungszuschusses (EGZ) angelehnt, z.B. bei berücksichtigungsfähigem Arbeitsentgelt, Förderungs Ausschluss und Rückzahlung
- **Dauer der Förderung: zwei Jahre**
- Parallel zur Zahlung des Lohnkostenzuschusses sind eine **ganzheitliche beschäftigungsbegleitende Betreuung** und bei Bedarf die **Übernahme von Weiterbildungskosten** vorgesehen

Eingliederung von Langzeitarbeitslosen (§ 16e SGB II)

Zielsetzung

- Instrument schafft **finanziellen Anreiz für Arbeitgeber (AG) zur Einstellung von Langzeitarbeitslosen** auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt
- gefördert werden **arbeitsmarktferne Langzeitarbeitslose** (grds. Handlungsstrategie Entwicklung)
- Lohnkostenzuschuss richtet sich an **alle Arbeitgeber**
- gefördert werden **sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse** (ohne Beiträge zur Arbeitslosenversicherung)
- mittel- bzw. langfristiges Ziel ist Aufnahme einer **ungeförderten Beschäftigung**

Eingliederung von Langzeitarbeitslosen (§ 16e SGB II)

Tatbestandsvoraussetzungen

Anforderungen an die zu fördernde Person

- **Erwerbsfähiger Leistungsberechtigter (eLb)**
- Person bezieht **keine vorrangigen Leistungen** (ALG I, Reha etc.)
- **Zwei Jahre arbeitslos nach § 18 SGB III** (Maßnahmebalken in comp.ASS wie z.B. „Arbeitslos“ dient nur der Orientierung!)
- **Trotz vermittlerischer Unterstützung** unter Einbeziehung der vorhandenen Förderinstrumente nach § 16 Abs. 1 SGB II während der Dauer von zwei Jahren Arbeitslosigkeit **nicht erfolgreich integriert**

Eingliederung von Langzeitarbeitslosen (§ 16e SGB II)

Anforderungen an das Arbeitsverhältnis

- Begründung eines **sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnisses** (ohne Abführung von Beiträgen zur Arbeitslosenversicherung)
- Begründung eines **Arbeitsverhältnisses** für die **Dauer von mind. zwei Jahren oder unbefristet**
- AG ist nicht mit dem künftigen AN verheiratet, verwandt oder verschwägert bzw. keine Partnerin/kein Partner einer eingetragenen Lebenspartnerschaft (**keine Verwandtschaft etc.**)
→ Ausnahme: Förderung ist trotz Vorliegen eines Verwandtschaftsverhältnisses etc. dennoch erforderlich

Eingliederung von Langzeitarbeitslosen (§ 16e SGB II)

Ausschlusstatbestände einer Förderung

- **Beendigung eines anderen Arbeitsverhältnisses**, d.h. ein bestehendes Arbeitsverhältnis darf nicht beendet werden, um es mit einem nach § 16e SGB II geförderten Arbeitsverhältnis zu ersetzen
- **AN war nicht bereits früher in diesem Betrieb bzw. bei diesem AG beschäftigt**, d.h. er war während der letzten vier Jahre vor Förderungsbeginn nicht mehr als drei Monate versicherungspflichtig (Abführung aller SV-Beiträge) dort beschäftigt
→ Ausnahme: befristete Beschäftigung besonders betroffener schwerbehinderter Menschen

Eingliederung von Langzeitarbeitslosen (§ 16e SGB II)

Rechtsfolge Ermessen

1. Entschließungsermessen

Ist die Förderung geeignet, erforderlich und angemessen?

- Geeignetheit – Verbesserung der Chancen auf langfristige Eingliederung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt, **eLb** ist **arbeitsmarktferner als die förderfähige Personengruppe für einen EGZ** und konnte **bislang nicht integriert** werden
- Erforderlichkeit – Eröffnung einer Perspektive am Arbeitsmarkt, **andere Instrumente** wurden **eingesetzt und haben keinen entsprechenden Erfolg erzielt**
- Angemessenheit – Förderung nach § 16e SGB II ist in **Abgrenzung zu anderen Instrumenten die wirtschaftlichste Form zur Eingliederung**

Eingliederung von Langzeitarbeitslosen (§ 16e SGB II)

2. Auswahlermessen

➤ Kein Auswahlermessen bei

- Entscheidung hinsichtlich **Förderdauer (2 Jahre)**
- Entscheidung hinsichtlich **Förderhöhe**

Zuschuss beträgt

- **im ersten Jahr 75%**
- **im zweiten Jahr 50%**

des zu berücksichtigenden Arbeitsentgeltes (= regelmäßig gezahltes Entgelt (Bruttogehalt), d.h. kein einmalig gezahltes Entgelt

zuzüglich 19% (pauschalierter Arbeitgeberanteil am Gesamtsozialversicherungsbeitrag ohne Arbeitslosenversicherung)

Eingliederung von Langzeitarbeitslosen (§ 16e SGB II)

Ganzheitliche beschäftigungsbegleitende Betreuung

Maßnahme JobCompanion (§ 16e SGB II)

- Maßnahmeträger GAB
- ganzheitliches beschäftigungsbegleitendes Coaching mit dem **Ziel der Stabilisierung der Beschäftigungsaufnahme und der Integration in ungeförderte Arbeit nach oder auch während der geförderten Beschäftigung**
- grundsätzlich für alle geförderten eLb obligatorisch (Ausnahme, wenn Coaching faktisch nicht möglich weil z.B. Arbeitgeber weit entfernt); ggf. vorhandene Betreuung durch AG (z.B. BfGoe oder BroSa) reicht nicht aus
- Ausnahme: von einem Coaching kann abgesehen werden, wenn z.B. der AG sehr weit entfernt ist

Eingliederung von Langzeitarbeitslosen (§ 16e SGB II)

Maßnahme JobCompanion (§ 16e SGB II)

- für die **Dauer der Beschäftigung** (Arbeitsvertrag), d.h. Kostenübernahme während der gesamten Förderdauer bzw. Gewährung des Lohnkostenzuschusses
- auch bei **Wegfall der Hilfebedürftigkeit** können **Leistungen zur ganzheitlichen beschäftigungsbegleitenden Betreuung** erbracht werden
- **AG hat AN in den ersten sechs Monaten der Beschäftigung hierfür unter Fortzahlung des Arbeitsentgeltes freizustellen**
- Coaching erfolgt **grds. am Arbeitsplatz oder in den Räumlichkeiten des Betriebes**
- **Betreuer/Coach** fungiert als **Bindeglied zwischen AN und AG**

Eingliederung von Langzeitarbeitslosen (§ 16e SGB II)

Fallverantwortung / Kommunikation

- während der Förderdauer sollte auf eine regelmäßige Kommunikation mit „JobCompanion“ geachtet werden
- Fallverantwortung liegt während der gesamten Förderdauer beim Fallmanagement, **auch wenn der eLb durch die geförderte Beschäftigung hilfefrei wird**

Eingliederung von Langzeitarbeitslosen (§ 16e SGB II)

Weiterbildung im Rahmen des § 16e SGB II

Übernahme von Weiterbildungskosten

- Parallel zum nach § 16e SGB II geförderten Arbeitsverhältnis können AN durch **Übernahme von Weiterbildungskosten** gefördert werden, wenn folgende Aspekte erfüllt sind:
 - **Vorliegen** der jeweiligen **Fördervoraussetzungen** im Einzelfall
 - **Fortbestehen des Arbeitsverhältnisses**
 - **Unveränderte Lohnfortzahlung** durch den AG
- Weitergewährung des Lohnkostenzuschusses
- **Weiterbildungskosten** werden im **Regelinstrumentarium** gefördert, z.B. bei JC-Zuständigkeit nach § 16 SGB II i.V.m. § 81 ff SGB III

Eingliederung von Langzeitarbeitslosen (§ 16e SGB II)

Weiterbildung im Rahmen des § 16e SGB II

- **Zuständigkeit** für Weiterbildungsförderung hängt davon ab, ob

AN weiterhin eLb ist oder ob die **Hilfebedürftigkeit entfallen** ist

Jobcenter

Agentur für Arbeit

- Ansprechpartner bei der Agentur für Arbeit ist **Herr Gronemann-Habenicht** (Kontakt Daten siehe Verfahrensbeschreibung zu § 16e SGB II)

Eingliederung von Langzeitarbeitslosen (§ 16e SGB II)

Vorzeitige Beendigung des Arbeitsverhältnisses

- Prüfung, ob der Lohnkostenzuschuss teilweise zurückzahlen ist → Ausnahmeregelungen des § 92 Abs. 2 Satz 2 Nr. 1-5 SGB III sind dabei relevant
- Bei Vorliegen entsprechender Gründe → keine Rückforderung
- Bei Nichtvorliegen entsprechender Gründe → Rückforderung in Höhe der **Hälfte des geleisteten Förderbetrages**, höchstens jedoch in Höhe des **gezahlten Förderbetrages der letzten sechs Monate vor Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses**
→ Verfahren wie beim EGZ (Anhörung, Erlass eines Rückforderungsbescheides)

Eingliederung von Langzeitarbeitslosen (§ 16e SGB II)

Ergänzende Hinweise

Anbahnung eines Arbeitsverhältnisses nach § 16e SGB II

- Zur **Anbahnung oder Aufnahme** eines nach § 16e SGB II geförderten Beschäftigungsverhältnisses können **bei Bedarf Leistungen nach § 16f Abs. 2 Satz 4 SGB II vorrangig in Form eines Darlehens** erbracht werden, z.B.
 - Für Fahrten zu Vorstellungsgesprächen
 - Zur Förderung eines Führerscheins oder Erwerb eines Pkws für das Erreichen der Arbeitsstelle
 - Fahrtkosten bis zur ersten Gehaltszahlung
 - Erforderliche Arbeitsmittel für Nachweise etc.
- Kein Umgehungs- und Aufstockungsverbot, da es sich hierbei um **Langzeitarbeitslose** handelt

**Vielen Dank für
Ihre/ Eure Aufmerksamkeit!**